

Globethics Repository



Ökumenische Konsultation “Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft”

This page was generated automatically upon download from the Globethics Repository. More information on Globethics see <https://www.globethics.net>. Data and content policy of Globethics Repository see <https://repository.globethics.net/pages/policy>.

Item Type	Book
Authors	Peter, Hans-Balz
Publisher	Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischer Kirchenbundes (ISE)
Rights	With permission of the license/copyright holder
Download date	2026-07-13 09:03:57
Link to Item	http://hdl.handle.net/20.500.12424/173285

Ökumenische Konsultation
*„Wort der Kirchen: Miteinander in die
Zukunft“*

Familie und Familienpolitik

von Hans-Balz Peter

ISE-TEXTE 2/02

ISSN 1420-097X

Die Diakoniekonferenz stellte ihre Konferenz vom 30. Oktober 2001 unter das Thema "Familien und Gesellschaft – geteilte Verantwortung". Die Wahl der Thematik war von zwei Momenten bestimmt. Erstens hat sich die Diakoniekonferenz stark engagiert im Rahmen der "ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz". Es ist ihr deshalb ein Anliegen, das "Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft" mit einer Thematik aufzugreifen, welche in der Diakoniekonferenz vorrangig ist. Dies trifft – zweitens – besonders auf das Thema der Stellung der Familie in der Gesellschaft und in der Familienpolitik zu. Unverkennbar haben sich die Familien- und Haushaltsituationen in den letzten zwei Jahrzehnten stark und nachhaltig verändert. Heute wird der Werte-Akzent vor allem auf das Individuum gesetzt, auf seine persönliche Entfaltung und Emanzipation. Der Wert "Familienzusammenhalt" hat es dagegen schwerer. Hinzu kommt die wirtschaftliche Entwicklung der 90er Jahre. Inzwischen ist deutlich geworden, wie rasch auch vermeintlich wirtschaftlich sichere Familien in finanziell prekäre Situationen kommen.

Im Herbst 2001 ist das "Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft" veröffentlicht worden. Der "Familie: Leben in Verbundenheit" ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Es zeigt Überlegungen und Vorschläge zur Situation der Familie auf. Die Diakoniekonferenz will nun aus der Debatte Konsequenzen ziehen und Empfehlungen für ihre Mitglieder sowie zu Händen des Kirchenbundes erarbeiten. So wurden an ihrer Versammlung die Aufgaben der Gesellschaft und des Staates, die für die Entfaltung des Familienlebens und für die Verantwortung gegenüber Kindern nötig sind, diskutiert. Der vorliegende Beitrag erläutert dazu die Grundlagen des Familienkapitels im "Wort der Kirchen".

Hans-Balz Peter / Dorothea Loosli

Januar 2002

© **Institut für Sozialethik des SEK**

Sulgenauweg 26
3007 Bern

Tel 031 370 25 50

Fax 031 370 25 59

e-mail sekretariat@ise-ies.ch

Layout: Dorothea Loosli

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	4
Ökumenische Konsultation	
"Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft"	
Familie und Familienpolitik.....	5
0. Einleitung.....	5
Intermezzo.....	6
1. Wie kam die Ökumenische Konsultation auf die Familie?.....	7
2. Wie kam es zum Familienkapitel in der jetzigen Form?.....	9
3. Inhaltliche Stossrichtung der Ausführungen zur Familie.....	11
4. Frage nach dem „besonders Protestantischen“ (oder nach dem „protestantischen Plus“ im ökumenischen Gemeinschaftswerk.....	15
5. Was bleibt zu tun?.....	20
6. Schlussbemerkung.....	21
Anmerkungen.....	24

ÖKUMENISCHE KONSULTATION

„WORT DER KIRCHEN: MITEINANDER IN DIE ZUKUNFT“

FAMILIE UND FAMILIENPOLITIK

0. Einleitung

Am 1. September 2001 wurde in der Heiliggeistkirche in Bern die „Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz“ mit einem feierlichen Schlussakt beendet. Nach mehrjähriger Dauer konnte dieses bisher grösste ökumenische Vorhaben im guten Geiste abgeschlossen werden mit dem „Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft“¹ – ein Wort, das gleichsam die sozialetische Antwort des Rates des SEK und der Schweizer Bischofskonferenz auf die über 1000 Stellungnahmen im Rahmen der Konsultation darstellt. Dieses Wort der Kirchen wurde am 1. September dem Bundespräsidenten Moritz Leuenberger symbolisch als Vertreter der Politik, den Präsidenten des Gewerkschaftsbundes und des Arbeitgeberverbandes als Repräsentanten der Sozialpartner, sowie VertreterInnen wichtiger zivilgesellschaftlicher Kreise, einschliesslich den ausländischen MitbewohnerInnen, übergeben und von diesen mit kurzen Statements² entgegengenommen. Über ein Stück dieses „Wortes der Kirchen – Miteinander in die Zukunft“ habe ich Ihnen heute zu berichten.

Ich bestreite das verbreitete Wehklagen über die Missachtung der Familien – und stelle fest, dass die Familie medial hoch im Kurs steht. Ich bin zwar da kein praktizierender Experte, aber ich lasse mir sagen: Kein Vorabendprogramm im TV ohne Familie, glückliche, gute, stürmische, was auch immer. Ohne Familienserie ist der Vorabend nicht vorstellbar; und offenbar ist sie so beliebt, weil hier auf witzige Art und Weise und gewissermassen im Zeitraffer jene Turbulenzen, Verletzungen, Versöhnungen usw. vonstatten gehen, die alle in den real existierenden Familien stattfinden. Sie sind zwar nicht so rassig und lustig zu beobachten, sondern oft schleichend dahinziehend und mit Leiden verbunden – aber eben: Man erkennt sich wieder, wenn auch der Ernst der Realität im Film oft zur Banalität wird. Mit dem Unterschied, dass es am Fernsehen zuletzt gut herauskommen muss, damit die Sendung weitergeführt werden kann.

Mit Ausnahme dieses Schlusses können die seichten Vorabend-Familiensendungen durchaus als Spiegel und Interpretation dessen gelten, wie Familien heute existieren. Klar ist, dass es „die einfache Familie“ als vorherrschenden Typus nicht mehr gibt, die Familie, die nicht vom Strudel der individuellen Entwicklungen der einzelnen Familienmitglieder (Entwicklungen in unterschiedliche, eben individuelle Richtungen), von Zusammenhalt & Zerrissenheit, von Solidarität & Eigennutz, von Partnerschaft & Paternalismus erfasst ist. *Fazit: Es gibt „die Familie“ nicht mehr – es gibt nur noch - aber noch – Familien.*

Intermezzo

Vom Sozialethiker wird mit Recht erwartet, dass er mit Engagement die sittlichen Ziele darstellt und verfolgt und dass er sich dabei in der Sach- oder Problembeschreibung strikter Objektivität verpflichtet. Man will von ihm ja nicht subjektive Meinungen, sondern Wissen und Orientierung. Folglich darf er (sie), um es ironisch zuzuspitzen, gewissermassen keinen Standort haben und soll doch wie ein Wegweiser die Richtung anzeigen. Bei der Vorbereitung dieses Referates ist mir folgendes durch den Kopf gegangen: Obwohl mein Engagement für die Familie noch unverändert ist – mein Standort hat sich im Laufe der Zeit verändert. Meine Perspektive ist nicht mehr dieselbe wie als junger Vater. Meine Frau und ich haben uns zwar damals wie heute für familienfreundliche Strukturen im eigenen Umfeld und in unserer sozialen Umwelt eingesetzt, mit entsprechendem Engagement vor allem in der Kirchgemeinde und in der Gemeindepolitik. Wir halfen „peers groups“ (Spielgruppen) zu schaffen, Kinderhorte und Tagesstätten zu fördern, kooperative statt isolierende Schulmodelle umzusetzen. Wir rangen um Anerkennung dafür, dass Kinder in der Schule nicht (nur) „für das spätere Leben“ lernen müssen, dass sie nicht nur auf das Berufsleben vorzubereiten seien, sondern schon jetzt ein Leben leben, das human und interessant zu gestalten ist. Auch wenn wir „damals“ als Eltern direkt Betroffene (und daher auch Fachleute aus Erfahrung nebst Fachleuten mit spezifisch beruflichem Wissen) waren, haben wir diese Ziele mit vielen anderen zusammen keineswegs nur für die *eigenen* Kinder, also nicht nur aus eigenen Interessen verfolgt, sondern uns waren gleichsam gesellschaftlich verbindende Ziele und generelle Interessen für die Zukunft der Familien wichtig. Diese Verpflichtung hat Durchhaltewillen ermöglicht und ich hoffe, dass dies vielen heutigen Eltern in der *heutigen* Situation und mit *heutigen* Erkenntnissen ebenso „ergeht“.

Wenn ich die aktuelle Situation einschätze, sehe ich, dass das Engagement meiner Frau und mir in der Grundintention unverändert geblieben ist, es wurde allenfalls durch andere Engagements ergänzt und teilweise überlagert. Verändert hat sich vielleicht der Impetus, die Kraft der unmittelbar Betroffenen. Verändert aber hat sich mit Bestimmtheit die Perspektive, die sich aus der konkreten Lebenspraxis ergibt: Kleinkinder zuhause oder Kinder ausgeflogen, Selbständigkeit erprobend und Familien aufbauend – die Perspektiven-Differenz zwischen Eltern und Grosseltern. Gespräche mit jungen heutigen Eltern, in der Familie oder z.B. im Institut, zeigen mir deutlich: Heutige junge Familien leben generell in prekäreren wirtschaftlichen Verhältnissen, mit weniger ökonomischer Sicherheit und in einer härteren wirtschaftlichen Umwelt als die Mehrheit der Familien vor 30 Jahren. Nicht nur, weil das „Anspruchsniveau“ gestiegen wäre, es kann ja nicht frei gewählt werden, da es auch gesellschaftlich vorgegeben wird. Sondern weil die Kosten – namentlich für Wohnen und Gesundheit/Krankenkassen – wenig Spielraum lassen bei gleichzeitig hoher Risikoabhängigkeit, insbesondere bei einer Kumulation von ungünstigen Ereignissen (Arbeitslosigkeit, Gesundheitsprobleme, Zahneingriffe...).

Heutzutage scheint mir ein Engagement für die Belange der Familien noch ungemein schwieriger als „damals“: erstens weil die „Umwelt“ noch komplexer und wirtschaftlich unsicherer geworden ist; zweitens weil die Menge der praktizierten Familienformen noch weniger einheitlich ist. Für welche konkret entscheidet man sich und für welche setzt man sich gesellschaftlich ein? Schadet man der einen Form, wenn man die andere fördert? Die Liebe zu Familie und Kindern hat meiner Beobachtung nach nicht abgenommen, aber sie gilt heute vermehrt auch der eigenen Lebensentfaltung von Frau und Mann. Die – lang ersehnte – Veränderung der Geschlechterrollen ist vielleicht der grösste Entwicklungsschub innerhalb der letzten 30 Jahren und damit die Einstellung zu Beruf und Erwerb der Frauen. Endlich können auch sie erfahren, was die Ethiker (Männer) stets als Kern der Arbeitsethik und des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit gelehrt haben: dass (Erwerbs-)Arbeit identitätsstiftend sei und die Erfahrung vermittele, sinnvoll tätiges Glied der Gesellschaft zu sein. Mit dieser Entwicklung kommen indessen nicht nur manche Männer nicht mit – auch die Gesellschaft, die Politik inkl. Schul- und Sozialpolitik und die Wirtschaft tun sich oft schwer. Wie sich einrichten, um die identitätsstiftende Berufsarbeit für beide Partner und die notwendige Zuwendung und Beziehungskonstanz – sofern vereint – beider Eltern für die Kinder vierfachem Anspruch wie in einem Ziel-Quadrat harmonisch, wenigstens optimal zu vereinen – wenn die gesellschaftlich-politisch-ökonomische Infrastruktur, z.B. die Tageshorte, die Arbeitszeiten, die Stundenpläne in den Schulen nicht hinreichend gegeben sind?

Stellen Sie also in Rechnung, dass ich über Familie rede auf dem Erfahrungswissen meiner eigenen Familie, aus Gesprächen mit meinen Mitarbeiterinnen, die junge Familien haben, aus Gesprächen mit meinen eigenen Kindern, die eben zu Familien wurden; und – dies ist der Grund für dieses Intermezzo – stellen Sie selber in Rechnung, dass Sie auch irgendwo auf dieser familiären Erfahrungsleiter stehen und nur eine spezifische Perspektive haben, somit eben so wenig objektiv sind wie ich – oder wie jene namentlich jungen Familien, die an der heutigen Tagung kaum vertreten sind. Hier liegt meines Erachtens ein Schlüssel zur Dynamisierung der aktuellen familienpolitischen Diskussion: Dass wir uns in unseren Köpfen von den Bildern der Familie – allzu oft in der Retrospektive geschönt; im politischen Diskurs offensichtlich noch häufig von einem romantischen Konstrukt der „idealen Familie“ des ausgehenden 19. Jahrhunderts geprägt – freimachen müssen und dass wir uns den Einsichten und Erfahrungen heutiger „aktiver Familien“ öffnen müssen, damit wir nicht die Probleme von gestern lösen.

1. Wie kam die Ökumenische Konsultation auf die Familie?

Bei der Ökumenischen Konsultation war die Familie am Anfang gar kein eigenes Thema. Das Wort Familie kommt in der *Diskussionsgrundlage*³ immerhin fünf mal vor – aber ohne dass konzeptionell auf die Familienpolitik eingegangen wurde. Erinnern wir uns: Vor bald 6 Jahren, Mitte der 90er, ist die Idee zur Ökumenischen

Konsultation entstanden aus der Beobachtung, dass es in unserer Gesellschaft und besonders in der kantonalen und eidgenössischen Politik immer schwieriger wird, zu konsensualen Lösungen für politisch-ökonomische Probleme zu finden. Wir sprachen damals von einer „Blockierung“ oder „Betonierung“ der Politik. Und dies angesichts einer historisch unvergleichlich hohen Arbeitslosenzahl; angesichts einer Ungewissheit über die Finanzierbarkeit unserer Sozialeinrichtungen; angesichts der Sparprogramme für fast alle öffentlichen Aufgaben, von der Infrastruktur bis – und besonders bis – zur Bildung. Wenn man von Solidarität in der Arbeitslosenversicherung sprach, meinte man eher die Solidarität der Langzeit-Arbeitslosen mit den Kurzzeit-Arbeitslosen (man musste also die Bezugsdauer kürzen, um der steigenden Arbeitslosigkeit begegnen zu können) als jene zwischen den Arbeitsbesitzenden und den Arbeitslosen. Überhaupt ist Solidarität ausser im kleinen, überschaubaren Raum persönlicher Beziehungen nicht nur eine Mangelware, sondern sie wird oft diskreditiert. Man konnte das Wort oft nicht mehr gebrauchen: „Ich weiss schon, was Sie mit Solidarität meinen, ich soll wieder das Portemonnaie zücken, nicht mit mir!“ So tönte es mir manchmal in öffentlichen Veranstaltungen oder privaten Gesprächen zur Konsultation entgegen.

In diese Situation einen werte-orientierten Dialog über die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Lage und Zukunft der Nation zu lancieren, das war das primäre Anliegen der Konsultation. Es schien den Kirchen nötig, daran zu erinnern, dass jede Gesellschaft auf sittlichen Voraussetzungen beruht, von denen man nicht permanent nur zehren kann, sondern die man ab und zu wieder auffüllen und renovieren muss, indem man sie als notwendige Elemente der zwischenmenschlichen Strukturbeziehungen in Erinnerung ruft – quasi als Kitt der Gesellschaft (noch lieber hätte ich das Bild: als Fugenkitt für den Mosaikboden, auf dem die Gesellschaft steht und sich entwickelt). Einen impliziten, spirituellen „Gesellschaftsvertrag“⁴ haben wir das genannt, was erneuert werden sollte. Der Begriff war vielen nicht verständlich und wurde darum fallen gelassen. Aber um den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht es nach wie vor, um das Sich-Kümmern um das Allgemeine, nicht nur um das für mich besondere, für die „öffentlichen Angelegenheiten“ und die Qualität ihrer Bewältigung - um die republikanischen Tugenden!

Im Vordergrund standen eindeutig die Sozialpolitik als soziale Sicherheit und die langfristige wirtschaftspolitische Orientierung angesichts der unaufhaltsamen, schwer steuerbaren Globalisierung. „Dahinter“ ging und geht es um die moralischen Werte und ethischen Kriterien, die solch herausgefordertes Handeln über divergierende Interessen hinweg anleiten könnten. Es muss uns gelingen, jene Kriterien und regulativen Ideen zu identifizieren und in ihrer Geltung anzuerkennen, die uns gestatten zu kooperieren und gegenseitig Sicherheit zu geben, dass wir ehrliche sozialpolitische Makler sein können ohne uns gegenseitig über den Tisch ziehen zu wollen.

- Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit
- Wirtschaftliche Sicherheit und Wohlstandsentwicklung
- Tragende Werte und Kriterien:

→ das war die **Trias der Erkenntnisziele** der Ökumenischen Konsultation, die ursprünglich unter dem Arbeitstitel „Sozialbrief“ oder „sozialer Kirchenbrief“ begann.

Von einem Teil der Konsultationsverantwortlichen – u.a. von mir – wurde als ebenbürtiges viertes Ziel noch die

- ökologische Dimension

unterstrichen. Die Diskussionsgrundlage trug dem Rechnung mit einem Abschnitt über den „Umweltvertrag“ als Teil eines angestrebten neuen, virtuellen Gesellschaftsvertrags.

1996, bei der Vorbereitung der Konsultation, wollten wir Projektleiter uns versichern, dass wir wirklich die wichtigen und dringenden Fragen der Gesellschaft aufgriffen und nicht einfach ein Opfer unserer eigenen Problemwahrnehmung waren. Wir führten eine sog. Delphi-Umfrage durch, d.h. eine Befragung von unterschiedlichen Experten, denen wir eine besonders breite, kritische, umfassende Sichtweise der Gesellschaft und ihrer Probleme zutrauten. Zwar war in ihren Antworten die soziale Sicherheit ein vorrangiges, die Familienpolitik aber kein Thema. Im Januar 1998 wurde die Konsultation mit der Publikation und Verbreitung der Diskussionsgrundlage (s. Anmerkung 3) lanciert. Fast 40'000 Exemplare wurden abgesetzt. Eineinhalb Jahre später konnte gewissermassen die „Ernte“ der Stellungnahmen von über 1'000 Gruppen und Einzelpersonen eingefahren werden. Es folgte die Erfassung aller Stellungnahmen auf elektronischen Datenträgern und die sehr sorgfältige inhaltliche Auswertung, die sich im *Auswertungsbericht* niederschlug (s. Anmerkung 4). Darauf gestützt, unter Beizug vieler Fachleute und einer Redaktionsgruppe, im vielfachen Dialog zwischen dem Rat des SEK und der Bischofskonferenz sowie innerhalb dieser Gremien wurde dann im Laufe des ersten Halbjahres 2001 das *Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft* (s. Anmerkung 1) ausgearbeitet.

2. Wie kam es zum Familienkapitel in der jetzigen Form?

Aus der Lesegruppe, die alle Eingaben durchlas und die einzelnen Abschnitte etc. mit Schlagworten versah, wurde bereits deutlich, dass in den Konsultationseingaben „Familie“ einen hohen Stellenwert besitzt, sowohl auf der Ebene der Werte und Wertevermittlung als auch als Teil der Sozialpolitik.

Dies wurde im Rahmen der systematischen Auswertung bestätigt, die im Auswertungsbericht dokumentiert ist. Die Aussagen zur Familie wurden thematisiert in zwei Abschnitten des Kapitels „Gesellschaft“. Bereits damals wurde die Weiche

gestellt, trotz einer Anzahl zu erwartender kirchenamtlicher und ökumenischer Probleme, der Frage der Familien in der Gesellschaft besondere Beachtung zu schenken. Der Rat des SEK und die Bischofskonferenz haben dann anlässlich der gemeinsamen Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und aufgrund der Empfehlung beschlossen, in ihrem „Wort der Kirchen“ ein Kapitel über die Familie aufzunehmen.

Ein erster Auftrag zur Ausarbeitung dieses Kapitels ging an die Redaktionsgruppe; die erste Fassung in diesem schwierigen Umfeld (wie auch erste Fassungen anderer Kapitel) vermochte nicht zu genügen, einerseits weil es galt, gewisse Grundlagen der katholischen Soziallehre – die in diesem Bereich über z.T. enge Grenzen verfügt – zu berücksichtigen, andererseits aber war auch die SEK-Seite mit der Analyse der Gegenwart und den zu ziehenden Schlüssen nicht einverstanden.

Ein neuer Auftrag erging, der neue Entwurf zog ebenfalls teilweise Kritik auf sich, wie der erste, aber z. T. aus anderen Gründen. Soweit es die SEK-Seite anging waren es insbesondere folgende:

- Der „konservative Ton“; das kontrafaktische Betonen der Einzigartigkeit der klassischen Familie (mitten in der modernen Berufswelt und Pluralität) – und die relativ geringe Anerkennung der neuen Familienformen schlicht als Tatsache. Man muss sie nicht gut finden, aber als Faktum annehmen, wenn man handeln will.
- Das In-Eins-Setzen des (ideologisierten, verabsolutierten) Individualismus mit der Freiheit und Verantwortlichkeit des Individuums, also der Individualität und ihrer Spannung zur Sozialität. All dies konnte in der Überarbeitung in ökumenischem Einvernehmen korrigiert werden (zumal es ja auch der katholischen Erfahrung in der praktischen Theologie und in der Gemeindepastoral entspricht) und auf einen Nenner gebracht werden. Das Resultat liegt ihnen vor.

In einem Problem, gleichsam im Hintergrund der familienpolitischen Orientierung, blieb eine kirchlich-theologische Differenz bestehen. Sie hängt mit der katholischen Lehre und dem protestantischen Verhältnis zu einer verbindlichen Lehre im Zusammenhang und betrifft die theologische Deutung der Familie und ihren biologisch-gesellschaftlichen Zweck der Fruchtbarkeit und des Nachwuchses. Hier war es mein Anliegen, statt etwas Harmonisierendes klar zu sagen, dass es aus den kirchlichen Traditionen unterschiedliche Perspektiven gibt, die in bestimmten Fragen zu unterschiedlichen Folgerungen führen. Darauf will ich in Abschnitt 4 zu sprechen kommen. Dabei wird deutlich, wie die Konsultationsverantwortlichen mit äusseren und inneren Widersprüchen umgegangen sind.

3. Inhaltliche Stossrichtung der Ausführungen zur Familie

Ich will die inhaltlichen Stossrichtungen in Stichworten darstellen, im Sinne einer knappen Zusammenfassung des Kapitels „Familie“ aus dem „Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft“ (die folgenden Boxen entsprechen den beim Vortrag verwendeten Folien). Die Stichworte folgen der inneren Struktur der thematischen Kapitel des Wortes mit folgenden Untertiteln:

- Aus den Stellungnahmen
- Unser Befund (die Beurteilung der Probleme durch die beiden Kirchengremien)
- Unser Anhaltspunkt (in der theologischen Reflexion verantwortete Werte und Kriterien)
- Wege und Ansätze (exemplarische Umsetzung der theologisch-ethischen Werte und Kriterien in die familienpolitische Praxis, als Vorschläge zur Diskussion gestellt und nicht als kirchenamtlich „autoritative“ Forderungen verstanden.)⁵

Aus den Stellungnahmen

- Die Lage der Familien ist heute oft schwierig. In der Bevölkerung herrscht Sorge über deren Zukunft.
- Familien haben geringen Einfluss auf die Politik.
- Sie stehen unter dem Druck der Wirtschaft (sei's bei Arbeitslosigkeit, sei's weil beide arbeiten müssen).
- Kinderbetreuung entspricht nicht dem gesellschaftlichen Standard.
- Die traditionelle Familie ist bei den Medien nicht mehr „in“ – Singles zählen und sind attraktiv.
- Armutsbetroffenheit, besonders bei jungen und kinderreichen Familien.
- Nicht nur finanzielle Probleme, es gibt keine systematische Familienpolitik in der Schweiz.
- Positive Würdigung der Familie in Politik und Gesellschaft ist nötig.
- Familie als Sozialisationsinstanz, sie ist Vermittlerin der Werte, die Basis der Gesellschaft sind: Solidarität im Kleinen und im Grossen, Einfühlung, Treue, Rücksichtnahme – Individualität und Sozialität, sich auf Kinder einlassen – sich selber nicht verleugnen → qualitativer Lebensentwurf.
- Welche Werte gelten in unserer Gesellschaft: Familie höher werten!
- Leistungen der Familie für die Gesellschaft, auf die diese so angewiesen ist.

Unser Befund

- Familien haben im öffentlichen Bewusstsein und in der Politik zu geringen Stellenwert – nicht nur die „herkömmlichen, klassischen“ Familien.
 - Kulturelle- und wirtschaftliche Faktoren in der Arbeitswelt sind ungünstig.
 - Auffächerung der Lebensformen: Pluralität, die Familiengründung ist nicht mehr „selbstverständlich“. Dies ist positiv (Werte der individuellen bzw. paarweisen Gestaltungsmöglichkeit) und negativ (Auflösung von Sicherheit) zu werten.
 - „Singels“-Leben – als freiwillige Lebensform (nicht wie in früheren Zeiten die Ledig-Bleibenden) ohne Option Elternschaft entspricht postmoderner gesellschaftlicher Option → so kann die Gesellschaft auf Dauer nicht überleben.
 - kinderlose Paare
 - Familien mit Adoptivkindern oder Pflegekindern
 - „Patchwork“-Familien
 - „Ein-Eltern-Familien“, sie sind ökonomisch und sozial besonders belastet
- bis zur „klassischen“ Familie:

➡ *keine kulturpessimistische, konservative, im Sinne von anti-moderner Perspektive, sondern: „Die Vielfalt bedeutet ... nicht notwendig einen Verlust an Bindung, sondern Bindung in anderer Form; sie ... kann auch als Errungenschaft hinsichtlich einer differenzierten menschengerechten Entfaltung der einzelnen Familienmitglieder und der Achtung ihrer Individualität betrachtet werden“. (Ziff. 52)*

- Verschiedene Perspektiven der römisch-katholischen und der evangelisch-protestantischen Traditionen. (s. dazu Abschnitt 4)
- Veränderungen des kulturellen Wertesystems, die familienbezogenen Werte müssen wieder ins Zentrum rücken!
- Hohe Scheidungsrate verursacht Scheu, auf Dauer Ehen und Familien zu gründen, da der Entschluss Kinder zu haben eine nachhaltige Bereitschaft für Bindung und Verantwortung bedingt.
- Die Gesellschaft lebt quasi noch vom traditionellen Funktionieren der Familie, sie lebt von der Substanz, dem „Familien-Kapital“. Es ist wichtig, zur Erhaltung beizutragen, die Familie ist nicht Privatsache.
- Die Gesellschaft bietet keine soziale Selbstverständlichkeit für ein familienfreundliches Umfeld und keine positiven Vorgaben.
- Mehr Last auf Selbstverantwortung, das ist die Kehrseite des grösseren Spielraums (Gestaltungsfreiheit), denn dies hat sowohl individuell als auch sozial grössere Verantwortung zur Folge.

- Individuelle Entfaltung (Individualität) und Gemeinsinn (Sozialität).
 - Unabdingbare Funktion der Familien in der Gesellschaft: Eine „aufziehende Person der Kinder“ ist als Mitglied der Gesellschaft eine Persönlichkeit.
 - Probleme bedeuten nicht den Zerfall der individuellen Moral: nicht personalisieren.
 - Der strukturelle und kulturelle gesellschaftliche Wandel geht in Richtung eines Ethos, das die Familie nicht mehr wichtig nimmt – „verabsolutierter, bindingsloser Individualismus $\Leftrightarrow$ verantwortliche Individualität“. (Ziff. 59)
 - Dass junge Paare nicht mehr eine traditionelle Familie gründen wollen ist kein Mangel an Wille, sondern das Eingehen einer lebenslangen Bindung ist erschwert durch demographische, kulturelle und politische Faktoren.
- ➡ „*Besinnung auf eine menschengerechte – seiner individuellen wie seiner sozialen Existenz Rechnung tragende – Balance zwischen Individualität und Sozialität ist eine Aufgabe, für die sich die Verantwortlichen der Kirchen einsetzen.*“ (Ziff. 59)

Unser Anhaltspunkt

- Freiheit und Verantwortung: Chance eines „glückenden Lebens“ („glückendes Leben“ neben „wie recht handeln“ Ziel jeder Ethik)
- Ermutigung zur Familiengründung: „Aus christlicher Sicht Chance (ergreifen), Gottes Liebe in der Liebe ihrer Angehörigen zu erfahren und ... weiterzuvermitteln“ (wobei Familie nicht die einzige Lebensform ist, wo dies erlebt wird). (Ziff. 61)
- Menschenbild: „Es ist nicht gut, dass der Mensch allein ist.“ (Gen. 2, 18) Auch „Selbstverwirklichung“ (der Person als individuelles und soziales Wesen) nur mit anderen Menschen zusammen – im Eingebunden-Sein in Beziehungen – möglich, in- und ausserhalb der Familie. Deine Nächsten lieben wie dich selbst und vice versa (Mt. 22,39). (Ziff. 62).
- Familien als Chance (nicht Garantie), Werte wie Rücksichtnahme, Liebe, Treue und Verlässlichkeit aufzubauen, in der Spannung zu den vorherrschenden Werten der Ökonomisierung der Lebenswelt. Tausch und eigener Vorteil bestimmen die Wirtschaftsgesellschaft; die Familie kann ein Stück „Gegenwelt“ in die Gesellschaft hinein wirken lassen.

Wege und Ansätze

- Ziel: Familie als vielfältige Lebensform erhalten und fördern.
- „Rettung“ weder durch Staat noch durch Rückgriff auf alte Zeiten.
- Innovative, zukunftsgerichtete Aufgabe, die das Gemeinwesen in Pflicht nimmt.
- Kern: In unserem sozialen Wertesystem (einzelne, Kultur, Politik) Bedeutung der Familie anerkennen und revitalisieren.

Auf erneuerter Werte-Grundlage

- Wirtschaft muss sich intensiver um familiengerechte Arbeitsverhältnisse und Einkommen kümmern (vgl. neuere Hinweise aus Gewerkschaften und aus Arbeitgeberverband für „Familienpolitik“).
- Verfassungsauftrag (Art. 41 und Art. 116 BV: Schutz und Förderung der Familie) ernst nehmen.
- Individuum: Die freie Wahl der Lebensformen muss gewährt bleiben – gilt für Individuum – aber
- Staat darf und muss die „Partei“ zugunsten der Familie ergreifen, jedenfalls jede Diskriminierung verhindern und die Nachteile beseitigen (Ziff. 66):
 - bei den Sozialwerken
 - im Steuerrecht
 - auf dem Arbeitsmarkt
 - im Wohnungsmarkt
 - im kirchlichen Leben: familien- und kinderfreundlicher!

Unabdingbare finanzielle Sicherheit – „Sofortmassnahmen“

- Materielle Entlastung: Die Verständigung der politischen Kräfte und der Sozialpartner auf dieses Ziel ist vordringlich.
- Generell sollte ein volles Einkommen für eine Familie reichen (familiengerechte Einkommen).
- Wenn das der Arbeitsmarkt nicht schafft, braucht es staatliche Ergänzungen durch Familienzulagen, Kinderzulagen, die in der Funktion dieser „Investition in die Zukunft“ entsprechen.
- Entlastung durch familiengerechte Reform des Steuersystems.
- Durch Regelungen bei den Krankenkassenprämien (bes. bei unteren Einkommensgruppen, Familien mit mehreren Kindern).

- Wohnungswesen: „Grundrecht auf angemessenen Wohnraum besonders für Familien“. (Art. 41, Abs. 1 und Art. 108 BV)
- Bewältigung des vermeintlichen Gegensatzes zwischen Gleichstellung- und Familienpolitik, d.h. Vereinbarkeit von Haus- und Erwerbsarbeit für Mann und Frau.
- Jüngste Diskussionen im Eidg. Parlament, in Kantonen wie das Tessin, in Städten und Gemeinden, bei Gewerkschaftern und Arbeitgebern, zeigen, dass die „Familie neu entdeckt wurde“. Die Kirchen begrüßen diese Öffnung der familienpolitischen Debatte.
- Kinderhorte, Krippen, Tagesschulen, familienfreundliche Stundenpläne der Schule, Blockzeiten, Mittagstische etc. sind öffentliche Aufgaben.

Wirtschaft (Ziff. 69f.)

- Generell: bessere Möglichkeiten, berufliche Ansprüche mit elterlichen Pflichten in Einklang zu bringen.
- Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten für Teilzeit-Beschäftigte.
- Wiedereinstieg erleichtern für Mütter und Väter nach Familienphase.
- Rigorose Wahlentscheidung zwischen: „entweder Beruf oder Familie“ vermeiden helfen, Strukturwirkungen auf die Familiengründungen optimieren.
- Das hohe Armutsrisiko für junge Familien mit Kindern vermindern – garantiertes Existenzminimum für Kinder.
- Mutterschaftsversicherung
- Erträgliche Ausbildungskosten

Die Empfehlungen an die Kirchen selbst, im Sinne einer gewissen Selbstverpflichtung, werde ich in Abschnitt 5 aufgreifen.

4. Frage nach dem „besonders Protestantischen“ (oder nach dem „protestantischen Plus“ im ökumenischen Gemeinschaftswerk

Ich war etwas irritiert, als mir als Sonderfrage für das Referat mitgegeben wurde, ich solle das besondere Protestantische an den Forderungen für eine moderne Familienpolitik herausstellen. Irritiert aus einer grundsätzlichen Überlegung:

Nicht wahr, die Ökumenische Konsultation war eine bewusst und betont „ökumenische Grossveranstaltung“ – und zwar ökumenisch aus bestimmten Gründen: Weil beide Kirchen aufgrund der u.a. religionssoziologischen Untersuchungen⁶ der Überzeugung sind, dass die Kirchen immer dann, wenn sie

gegenüber der Gesellschaft auftreten und wenn das aufgrund ihrer dogmatischen, also Lehr-Voraussetzungen möglich ist, das gemeinsam tun müssen. Da sie nur dann glaubwürdig sind, wenn sie sich gemeinsam äussern.⁷

Das ist nicht Verwischen der Konturen oder Verlust an Profil, sondern hat zutiefst mit unserem Glauben zu tun: Wir wollen ja vor Gott nicht einfach gute Protestanten oder gute Katholiken sein – sondern Menschen, die von der Erlösertat Christi wissen und deshalb Christen sein wollen – in Jesu Nachfolge. Dass wir dies aufgrund unserer Traditionen (oder aufgrund unserer Geburt und Sozialisation) meinen reformiert, evangelisch-methodistisch oder katholisch tun zu müssen, kann immer nur sekundäre Bedeutung haben.

Um es an einem Erlebnis zu verdeutlichen, erzähle ich eine wahre Anekdote: Beim letzten Fakultätssessen der Evang.-theol. Fakultät Bern, bei dem ich dabei war, bediente uns im Restaurant eine Serviererin mit ausgeprägtem Walliser Dialekt. Manche unter uns werden gedacht haben: „Aha, eine Walliserin, also aus einem katholischen Kanton, also sicher eine Katholikin“. Das ist irgendwie in einem Spannungsbezug zu einer Versammlung evangelischer Theologen. Einer meiner Kollegen fragte direkt: „Sie kommen aus dem Wallis – Sie sind sicher katholisch?“ – Die Serviererin stutzt, empört sich und sagt: „Nein, ich bin Christin!“ Für mich eine Bestätigung dessen, was wir eben soziologisch festgestellt haben, aber auch eine Lehre für evangelische Theologen (vielleicht umgekehrt auch für katholische). Diese denken wenigstens im Alltagsbereich immer noch „automatisch“ in konfessionellen Bezügen. Es ist eine Herausforderung, das gemeinsame Christliche in der evangelisch-reformierten oder römisch-katholischen Theologie in der Treue zu Jesus Christus und seinem Wirken stärker wahrzunehmen und herauszustellen!

Die Ökumenische Konsultation war für uns gerade deshalb eine grosse ökumenische Aufgabe, weil sie eine besondere protestantische Herausforderung war. Denn es galt im Laufe des Konsultationsprozesses immer wieder, die spezifisch protestantischen Akzente des gemeinsamen christlichen Erbes, der gemeinsamen christlichen Verheissung und Hoffnung und deshalb weitgehend die gemeinsamen christlichen Impulse für die gesellschaftliche Verantwortung zuerst heraus zu arbeiten und dann herauszustellen. Im Konkreten ist oft sehr schwer zu sagen, ob etwas, was wir für wichtig halten, spezifisch protestantisch sei (und von anderen Protestanten nicht vehement abgelehnt wird), oder eher allgemein christlich oder sogar einfach allgemein ethisch-human.

Spezifisch Protestantisches in dem Sinne, dass wir gewisse Elemente auf die seit der Reformation wichtigen Werte oder Ziele zurückführen, ist schon in der Grundanlage der Konsultation auszumachen: Das der Idee des allgemeinen Priestertums entsprechende Ziel, auch bei der theologisch-ethischen Reflexion die möglichst breite Partizipation an dieser Reflexion zu sichern. Bei allem Bemühen um eine kirchlich verantwortete Orientierungshilfe für die Gesellschaftsgestaltung konnte

es deshalb nicht um ein einseitig „von oben“ ergehendes „Wort der Kirchen“ gehen, sondern es war unabdingbar, dass die Partizipation „von unten“ wegleitend sein müsse. Und zwar nicht einfach als angeordneter Einbezug der sog. Basis oder Laien durch die sog. Spitze, sondern durch eine Konsultation im Sinne der gegenseitigen Beratung, bei der es am Schluss zu den Aufgaben der kirchlichen Leitungsgremien gehört, das gemeinsam Beratene in Worte, in das „Wort der Kirchen“ zu fassen.

Aber auch bei diesem „spezifisch Protestantischen“ stehen wir mit der Betonung des Wertes der Partizipation nicht allein, wir sind nicht der (alleinige) „Owner“. Das aktive Engagement in Gemeinde und Gesellschaft, die Teilhabe i.S. der *Koinonia* ist ein urchristlicher Gedanke, und er wird zur Zeit von vielen Katholiken (bei Laien u.a. in der Bewegung „Wir sind die Kirche), aber auch in Führungsfunktionen mit starkem Nachdruck vertreten, vielleicht manchmal konsequenter als bei uns. Gibt es bei uns nicht die Tendenz zu meinen, die Partizipation sei ja verwirklicht und brauche nicht noch extra gefördert zu werden? Ja, auf der Suche nach schlagkräftigen Organisationsformen werde die Partizipation gar zu weit getrieben und stehe einer strategisch gesteuerten Effektivität sogar entgegen. Vorbilder in Sachen Partizipation betr. kirchlich-ethischer Gesellschaftsorientierung waren übrigens – nebst der gängigen Praxis von ISE und J+P in den letzten 30 Jahren, insbesondere für eine Orientierung, welche die ganzen Kirchen erfasste – der berühmte Wirtschaftshirtenbrief der US-amerikanischen Bischöfe⁸, von dem wir, wie vom Gemeinsamen Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz⁹ für die Ökumenische Konsultation gelernt haben.

Ein zweites spezifisch Protestantisches, ja vielleicht präziser: spezifisch Reformiertes und Methodistisches, ist sicher das Moment der im Glauben verwurzelten Weltzuwendung. Die Untrennbarkeit des auf das Heil bezogenen Glaubens und des Wohls der Menschen und ihrer Gesellschaft im täglichen Leben. Es gehört zu den Verpflichtungen reformierter und methodistischer⁵ Tradition, diesem Engagement der Christinnen und Christen und damit ihrer „Hirten“ und Kirchen – in den Worten Zwinglis⁶ – der menschlichen Gerechtigkeit im Lichte der göttlichen Gerechtigkeit immer wieder Raum zu geben. Indem dies die Konsultation bewusst sowohl innerhalb der Kirchen, wie – auch dies eine reformatorische Spezialität – in der allgemeinen politischen Öffentlichkeit unternahm, entspricht sie in moderner, nicht autoritativer oder theokratischer Weise dem Bild vom „Wächteramt“. Aber auch da stehen wir nicht allein und sind nicht nur spezifisch protestantisch. Es ist eine tiefverwurzelte allgemein-christliche Tradition, die von Paulus über Augustinus bis in die Ordensbewegung des 12. Jahrhunderts, weiter mittels der Reformation dieses Wissen um Einheit und Rangfolge von Glaube und Handeln zu uns gekommen ist. Sie findet ihren intensiven Partner in der katholischen Soziallehre, die aber eben eine offizielle Lehre der Kirche und nicht „nur“ eine traditionelle Ausrichtung des Denkens ist.⁷

Dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund, der sich primär der reformierten, aber auch – durch sein Mitglied EMK – der sozial engagierten evangelisch-methodistischen Tradition verbunden weiss, ist die Vertretung des schweizerischen Protestantismus verfassungsmässiger Auftrag. Aber ich bin aufgrund theologischer und religionssoziologischer Erwägungen der tiefen Überzeugung, dass sich das spezifisch Reformierte oder Protestantische in der Gegenwart nicht gegen andere christliche Konfessionen, sondern nur im christlichen ökumenischen Miteinander darstellen lässt. Meines Erachtens verpflichtet uns die Nachfolge Christi diesem Miteinander zu dienen und nicht zu einem konfessionellen Partikularismus.⁸

Ökumene ist dann nicht profillose Einmischung und Verwischung aller durch Kirchen- und Theologiegeschichte bedingter Unterschiede; sondern sie ist gerade die je für die Gegenseite achtungsvolle Betonung des eigenen Erbes als konstruktiver Beitrag zum Dialog. Und sie entspricht so dem allgemeinen, universalen Charakter des christlichen Zeugnisses

Bei diesem Dialog fällt übrigens auf, dass weder in der einen noch in der anderen Konfession allein *eine* Meinung, eine Haltung (ausser in den wenigen, die Medien dominierenden Fällen kategorischer kirchenamtlicher Festlegungen) begründet und vertreten werden kann. Vielmehr besteht in beiden Konfessionen eine Breite des Meinungsfächers, der je zum Reichtum der jeweiligen Kirche zählt. So dürfte sich z.B. in der Familienfrage der Unterschied eines religiössozialen Zürchers wohl stärker von der Haltung eines EDU-Vertreters aus dem Berner Oberland unterscheiden als die Positionen von zwei Konfessionsvertretern in den Gremien der Ökumenischen Konsultation.

Als Folge davon gibt es in vielen, für die Gesellschaftsgestaltung zentralen Fragen keinen dominierenden Bruch zwischen z.B. katholischen und reformierten Haltungen. Klare, auf dogmatischen Differenzen beruhende Unterschiede traten im Rahmen der Konsultation in wenigen Bereichen auf. Der deutlichste Unterschied besteht meiner Beobachtung nach im Amtsverständnis, das sich ausdrückt in der Art, wie sich „kirchliche Obrigkeit“ gegenüber den Gläubigen und gegenüber der Öffentlichkeit darstellt und „für die (Orts-)Kirche“ lehrmässig verbindlich sprechen kann. Wie erwähnt liegt eine weitere Differenz in der Frage des (sakramental oder profan) geprägten Ehe- und Familienverständnisses. In all diesen Fällen ist der Rat des SEK überzeugt, die seiner Tradition und seiner Identität entsprechenden Äusserungsformen gefunden und vertreten zu haben, wie dies auch für die Bischofskonferenz gelten dürfte – und zwar auf der Grundlage gegenseitigen Respekts vor den jeweiligen Traditionen. Konkret schlägt sich dies in jener Textpassage in der Ziffer 53 im Familienkapitel nieder, in der zunächst nur versucht werden sollte, die konfessionell unterschiedliche Gewichtung der Aspekte deutlich darzustellen und nicht harmonisierend zu verwischen.

Zunächst versuchte ich mit einem einfachen Textvorschlag, ausgehend von gemeinsamen Erfahrungen (i) das spezifische, katholische lehramtliche „Plus“ über die gemeinsame Sicht hinaus darzustellen (ii) und so die unterschiedliche Herangehensweise zu unterstreichen, gleichzeitig aber das praktisch Gemeinsame zu betonen (iii):

Anfängliche Differenzierungs-Version

- i Tägliche Erfahrungen – nicht zuletzt in der kirchlichen Seelsorge und Gemeindearbeit - wie soziologische Untersuchungen zeigen, dass es heute eine Pluralität verschiedener Formen von familiärem Zusammenhalt gibt, die zwar die „klassische“ Familie nicht obsolet macht, aber sie in ihrem Selbstverständnis als Norm in Frage stellt, wobei die Pluralität nicht notwendig einen Verlust an Bindung bedeutet, sondern auch als Errungenschaft hinsichtlich einer differenzierten menschengerechten Entfaltung spezifischer Lebens- und Familienformen betrachtet werden kann.
- ii Während die römisch-katholische Kirche sich einsetzt für eine Bindung des Menschen zur im Sakrament vereinten Ehe und zur Familie, die auf Nachwuchs angelegt ist,
- iii verbindet beide Kirchen die Sorge um möglichst gute, die Menschen in ihrer gegenseitigen Achtung sich stärkende Beziehungsqualität. Der Inhalt der Familienbeziehung ist wichtiger als die Form, weil die Formen für die Menschen da sind und nicht umgekehrt (in Anlehnung an das Sabbatgebot und ähnlicher jesuanischer Aussagen).

Beide Seiten waren mit dem Vorschlag nicht ganz zufrieden; so wurde Absatz ii umformuliert und ein neuer Absatz iii eingefügt, i blieb unverändert und das bisherige iii wurde zu iv.

Eine Zwischenversion

- ii Die römisch-katholische Kirche betont den gesellschaftstragenden Wert der sakramental besiegelten Ehe und der Familie, die auf Nachwuchs angelegt ist.
- iv In den protestantischen Kirchen werden der Inhalt und die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen stärker gewichtet als die geschichtliche Form, unter Hinweis - in Anlehnung an das Sabbatgebot und ähnlicher jesuanischer Aussagen - darauf, dass die Formen für die Menschen da sind und nicht umgekehrt.

Wiederum schienen die Nuancen nicht genau getroffen; beide Konfessionen wollten aussagen, dass sie die gelebte Wirklichkeit ernst nähmen und dass für sie – gegebenenfalls nebst anderen Aspekten – die Beziehungsqualität der Familie wichtig sei. Die evangelische Seite wollte die geistliche Bedeutung der Eheschliessung nicht einfach negligieren; ausserdem wollte sie angesichts der aktuellen Diskussionen in unserer Gesellschaft die Frage der homosexuellen Paarbeziehung im Zusammenhang mit den verschiedenen Familienformen wenigstens als Anliegen nennen. Beide Seiten einigten sich nach insgesamt fünf Formulierungsstufen im gegenseitigen Respekt auf die Fassung, die Sie aus dem „Wort der Kirchen“ kennen:

Schlussversion

- i Die Würdigung dieser gegebenen Vielfalt [der Familienwirklichkeit] wird je nach Perspektive unterschiedlich sein.
- ii Die römisch-katholische Kirche betont den gesellschaftstragenden Wert der sakramental bekräftigten ehelichen Partnerschaft, die auf Nachwuchs angelegt ist, im Rahmen einer harmonischen Entwicklung der familiären Beziehungen.
- iii In den protestantischen Kirchen haben Ehe und Trauung einen hohen Stellenwert; der Inhalt und die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen in Ehe und Familien und zwar bis hin zu Lebensformen gleichgeschlechtlicher Paare – wird dabei stärker gewichtet als die geschichtlich gewordene Form, unter Hinweis darauf, dass die Formen für die Menschen da sind und nicht umgekehrt.
- iv Beide Kirchen verbindet indessen die Sorge um eine möglichst gute, stabile, die Menschen in ihrer gegenseitigen Achtung stärkende Beziehungsqualität sowie die Achtung und Förderung der Familien in der Öffentlichkeit, namentlich durch die Politik.

5. Was bleibt zu tun?

Die Teilnehmenden an der ökumenischen Konsultation haben zum Teil sehr klare Vorstellungen davon, was im Blick auf die Umsetzung der Werte und Kriterien durch Staat und Wirtschaft gemacht werden könnte und sollte, allenfalls etwas bewegt durch mögliche kirchliche Einflussnahmen, und was die Kirchen selbst in ihrem eigenen Tätigkeitsbereich unternehmen sollten. Die beiden Leitungsgremien der Kirchen haben etliche solche moralischen „Selbstverpflichtungen“ in das „Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft“ aufgenommen, wohl wissend, dass sie selbst – der Rat des SEK und die Bischofskonferenz – über wenige Mittel und Instrumente

verfügen, um diesen Aufforderungen direkt Taten folgen zu lassen. Deshalb wurde auch nicht das Wort „Selbstverpflichtungen“ benutzt; die folgenden Punkte unter „Was wir tun können“ sind deshalb eher eindringliche Empfehlungen aus kirchlich-gesamtschweizerischer Sicht an alle Gremien und Instanzen der beiden Landeskirchen – evangelischerseits primär die Kantonalkirchen und die Kirchgemeinden mit ihren Pfarrern und Pfarrerinnen, den Sozialdiensten. Insgesamt durch die Begründung von Kriterien und durch Sachabklärungen, was für eine bessere, systematische und gleichzeitig für die Pluralität offene Familienpolitik notwendig wäre, will das „Wort der Kirchen“ auch ein Referenzbuch für kirchliches Handeln im öffentlichen und im innerkirchlichen Bereich sein, auf das sich Verantwortliche bei der Planung ihrer Ziele, Strategien und Handlungsweisen beziehen können.

Was wir tun können (Ziff. 71f)

- Besser umgehen lernen mit Pluralität der Familienformen und mit der Tatsache der hohen Zahl von Scheidungen und von alleinerziehenden Eltern
- Gegen soziale Vereinsamung Alleinerziehender (meist Mütter) etwas unternehmen, tragfähige nachbarschaftliche und örtliche „Netze die nicht fesseln, sondern tragen“ aufbauen (denn die Folgen sind für Mütter und Kinder fatal)
- Bedeutung der Freiwilligenarbeit; Aufgabe von Kirchgemeinden
- „Lassen sich die Nachbarschaftsnetze wieder so weit knüpfen und stärken, dass nicht jede Familie für sich allein ihre ... Alltagsprobleme lösen muss? die Antwort auf diese Frage entscheidet sich daran, welche Werte in unserer Gesellschaft wirksam sind“.
- Begegnungsräume (im Freien – Städteplanung, Gemeindeplanung) und im Innern (u.a. Kirchgemeinden, Wohnungsbau): Den Familien Raum geben

Das bedeutet: Der Wandel muss in den Köpfen beginnen. Alle Massnahmen sind nur realisierbar, wenn wir alle – Einzelne, Vereinigungen und Gemeinden, Staat und Wirtschaft, den Wert der Familie in der Vielzahl möglicher Lebensformen als für die Gesellschaft sehr wichtig anerkennen.

6. Schlussbemerkung

Ich bin, wie eingangs angetönt, ausser durch praktische Erfahrung kein Experte für Familienfragen, jedenfalls nicht, soweit sie nicht die Sozialpolitik betreffen.

Ich kann immerhin weiter praktische Erfahrung sammeln bezüglich der Probleme, die heutige Familien zu bewältigen haben. So z.B. im Gespräch mit den jüngeren

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kirchenbund und als Vater von erwachsenen Kindern, die ihre Liebe zum Beruf in Verbindung mit ihrer Liebe zu den Kindern praktisch leben wollen. Für die neueste Erfahrung als Grossvater fehlt mir leider oft sowohl Zeit wie Musse. Während einer längeren Rekonvaleszenz konnte ich wenigstens im Dabeisein miterleben, welchen Platz Kinder im Leben der Erwachsenen einnehmen, wenn meine Frau eines unserer beiden Enkelkinder hütete. Selbst als dabei absolut nicht im Zentrum der Verantwortung stehender Mann kann ich bezeugen, wie intensiv nur schon das Kinderhüten im Nebenamt ist – und wie ich nur schon als indirekt Beteiligter am Abend „geschäft“ war. Mich wundert deshalb nicht mehr, wenn in neuen Untersuchungen der Arbeitsaufwand für die familiäre Betreuung von Kinder z.B. bei zwei Kindern mit 195 Stunden pro Monat ausgewiesen werden. Das entspricht der Beanspruchung durch eine volle Berufstätigkeit. Gewiss, gerade „Familienarbeit“ kann eine schöne Aufgabe sein, aber sie ist auch eine sehr anstrengende Arbeit. Deshalb kann ich vor allen nur einen hohen Respekt haben, die diese Aufgabe mit Hingabe erfüllen – dabei oft noch zu einer teil- oder vollzeitlichen Berufstätigkeit hinzu! Dass „alle“ in diesem Zusammenhang immer noch vorwiegend die Frauen meint, weil die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen oder auch die in den Köpfen fixierten Vorstellungen nichts anderes zulassen, und dass also die Zukunft der Gesellschaft weitgehend in ihrer Hand und ihrer Energie liegt, mit dieser Feststellung und Anerkennung möchte ich schliessen.

Anmerkungen

- ¹ Ökumenische Konsultation: Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und Schweizer Bischofskonferenz: **Wort der Kirchen: Miteinander in die Zukunft**, hrsg. vom Institut für Sozialethik des SEK (ISE) und von Jusitia et Pax (J+P), Bern 2001 (2. Auflage). Bestellung beim ISE.
- ² Marco Pedroli, Thomas Wipf, Amédée Grab, Fritz Blaser, Linda Saffore, Nathalie Diome, Paul Rechsteiner, Lavinia Sommaruga, Therese Meyer-Kaelin, und Moritz Leuenberger. **Ökumenische Konsultation zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft der Schweiz: Beiträge zum Schlussakt**. Heiliggeistkirche Bern, 1. September 2001. *ISE Texte / J+P Texte* 5/01:1-15, 2001.
- ³ Ökumenische Konsultation: Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und Schweizer Bischofskonferenz: **Diskussionsgrundlage**, hrsg. vom Institut für Sozialethik des SEK (ISE) und von Jusitia et Pax (J+P), Bern 1998 (4. Auflage). Bestellung beim ISE.
- ⁴ S. Ökumenische Konsultation, Diskussionsgrundlage (1998), Dritter Teil: „Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag“, S. 21: „Wenn wir hier von Vertrag sprechen, dann verstehen wir darunter nicht ein von allen unterzeichnetes Schriftstück (sondern) eine gesellschaftliche Verständigung und eine Übereinkunft über die grundlegenden Bedingungen dafür, dass eine Gesellschaft zusammenhält und ein gutes Leben aller ermöglicht.“. – Vgl. die Ausführungen zur Kritik an diesem Begriff in: Ökumenische Konsultation, **Auswertungsbericht**, hrsg. vom Institut für Sozialethik des SEK (ISE) und von Jusitia et Pax (J+P), Bern 2000, S. 70f. (Bestellung beim ISE).
- ⁵ Evangelisch-methodistische Kirche, **Soziale Grundsätze** (in Adaption von Teil III des Book of Discipline der United Methodist Church, "social creed", Fassung 1976, von der Zentralkonferenz am 19. März 1977 angenommen). In: *Kirchenordnung*, Bern: EMK, 1977, p. 35-35b.
- ⁶ Huldrych Zwingli, **Von göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit**, in: Huldrych Zwingli. *Schriften*. Im Auftrag des Zwinglivereins, Zürich:TVZ, 1995. Die lebendige Spur dieses Denkens lässt sich bis in jüngste Kirchenordnungen evangelisch-reformierter Landeskirchen nachzeichnen; vgl. etwa K. Zaugg-Ott. **Diakonie in den Kirchenverfassungen und Kirchenordnungen der Mitgliedkirchen des SEK: Versuch einer Übersicht**, Bern: SEK, 1996; für die Ökumene: W. Stierle, D. Werner, M. Heider, ÖRK, K. Raiser, **Ethik für das Leben: 100 Jahre Ökumenische Wirtschafts- und Sozialethik. Quellenedition ökumenischer Erklärungen**, Studentexte und Sektionsberichte des ÖRK von den Anfängen bis 1966. In Verbindung mit dem Evang. Missonswerk, der Missionsakademie Hamburg und dem Institut für Sozialethik des SEK hrg. u. eingel. von W.S., D.W., M.H. Mit e. Vorwort von K.R., Generalsekretär des ÖRK, Rothenburg ob der Tauber: Ernst Lange - Institut für ökumenische Studien, 1996.
- ⁷ Ich denke vor allem an die ‚aufgeschlossenen‘ Vertreter der katholischen Soziallehre, neben denen es selbstredend auch ‚konservative‘ gibt, wie auch der Ursprung der katholischen Soziallehre Ende des 19. Jahrhunderts eher ein konservativer Versuch war, sich vom Liberalismus und Sozialismus klar abzugrenzen; vgl. F. Hengsbach, **Drei Typen katholischer Soziallehre**. *Orientierung* 46:132-135, 1982.
- ⁸ Vgl. dazu das in dieser Hinsicht spannende, bisweilen fast widersprüchliche Vorwort (es werden verschiedene Autoren beteiligt gewesen sein) zur Neuauflage 2001 des Evangelischen Soziallexikons, insbes. die Abschnitte „Evangelisches Profil“ und „Pluralismus und christliche Weltdeutung“: Martin Honecker, Horst Dahlhaus, Jörg Hübner, Traugott Jähnichen, Heidrun Tempel (Hrsg.), **Evangelisches Soziallexikon. Neuauflage**, Kohlhammer: Stuttgart, 2001.